

Dokument 46

Empfehlung der Schulkommission der Heinrich-Böll-Stiftung - „Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf. Damit Bildungsarmut nicht weiter vererbt wird“ vom 7.11.2008

Die [Schulkommission der Heinrich-Böll-Stiftung](#) stellte jüngst ihre Empfehlung unter dem Titel „Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf“ vor. Der Untertitel der 40 Seiten umfassenden Publikation akzentuiert deren normative politische Zielorientierung: „Damit Bildung nicht weiter vererbt werden kann“. Unter dem Vorsitz von Hans-Jürgen Kuhn wirkten die folgenden Autorinnen und Autoren an dieser Expertise mit: Martin Baethge, Helmut Fend, Priska Hinz, Sylvia Löhrmann, Andreas Poltermann, Cornelia Stern, Heinz-Elmar Tenorth und Sybille Volkholz. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Frau Löhrmann, zugleich Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen, mit ihrer Co-Autorenschaft an diesem lesenswerten Text, einen perspektivisch wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, die vielerorts ideologisch aufgeladene Schulstrukturdebatte weiter zu versachlichen. Fast zeitgleich zum Plädoyer der NRW-Regierungspartei FDP für eine regionale Mittelschule öffnet nun eine führende Parlamentarierin von Bündnis 90/Die Grünen **die realistische Option für eine zweigliedrige Schulstruktur im bevölkerungsreichsten Bundesland**. Es bleibt zu hoffen, dass sich CDU und SPD in NRW nun schrittweise von ihren schulpolitischen Dogmen trennen. Das Festhalten an der traditionellen Gliederung des NRW-Schulsystems oder die Abschaffung der Schulform Gymnasium durch die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen blockieren dringend erforderliche qualitative Weiterentwicklungen des NRW-Schulsystems.

Schulstruktur.com dokumentiert nachfolgend zentrale Aussagen der Kommission zur Weiterentwicklung der Schulstruktur und empfiehlt die Lektüre des gesamten Textes (Hervorhebungen durch **schulstruktur.com**)

Zitat 1:

„(...) Für eine Reduktion der bestehenden Gliederungen der Sekundarstufe I in Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien sprechen aber auch andere grundlegende Entwicklungen in der derzeitigen historischen Umbruchphase des deutschen Bildungswesens.

- Die demographische Entwicklung wird es in den nächsten Jahren vor allem in Flächenländern zunehmend erschweren, ortsnah ein möglichst umfassendes Schulformangebot aufrechterhalten zu können.
- Die unterschiedlichen Bildungsvorstellungen der Eltern an der Schwelle zu weiterführenden Bildungswegen der Sekundarstufe I, die leistungsmäßige und soziale Zusammensetzung der Klassen, der unterschiedliche Unterricht und die unterschiedliche Qualifikation der Lehrkräfte führten in den meisten Ländern dazu,

dass die Hauptschule auf dem Wege ist, zu einer „Minderheitsschule“ der leistungsmäßig besonders unterstützungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler zu werden. Dies artikuliert sich als Problemkonstellation besonders in bestimmten Flächenstaaten und vor allem in Stadtstaaten, in denen die Zusammensetzung der Hauptschulen nach Leistung und Ethnien zu einer Kumulation von Problemen geführt hat.

Die Bildungspolitik (...) muss aber auch andere gut belegte Beobachtungen berücksichtigen. So zeigen Studien, dass in integrierten Schulsystemen die leistungsmäßig besonders unterstützungsbedürftigen Schülergruppen ,nicht von selbst‘ besser aufgehoben sind. Die Balance zwischen einer gesonderten intensiven Betreuung in kleinen Gruppen durch speziell ausgebildete und interessierte Lehrpersonen mit speziell adaptierten Programmen und einer optimalen Einbettung in den Altersjahrgang ist in integrierten großen Bildungssystemen nicht automatisch gewährleistet. Generell gilt, dass durch Integrationsmaßnahmen die ‚schwächeren Schüler‘ nicht von selbst verschwinden, sondern bei mangelnder Vorsorge in die Gefahr geraten können, übersehen oder nur als Störfaktoren wahrgenommen zu werden. (...)“

Zitat 2:

„Empfehlungen

(...)

- (1) Nachdem alle ostdeutschen Flächenländer die weiterführenden Schulformangebote auf ein Zwei-Wege-Modell aus Gymnasium und einer weiteren Schulform begrenzt haben, sind weitere Länder dabei, die Hauptschule abzuschaffen, die Gliederung des Schulsystems in der Sekundarstufe I zurückzunehmen oder mit Gemeinschaftsschulen eine gemeinsame Schule für alle aufzubauen, die sich als Alternative auch zum bestehenden Gymnasium versteht. Zum Teil wird dies mit der Ausweitung der gemeinsamen Grundschulzeit verbunden, um durch die Verschiebung von Wahlentscheidungen in spätere Phasen in Verbindung mit einer besseren Prognostik und verbindlicheren Laufbahneempfehlungen den Einfluss der verschiedenen Entwicklungsmilieus zu verringern. Die Schulkommission befürwortet diese Bemühungen der Länder. **Sie führen im Kern dazu, dass in vielen Ländern (...) zwei Wege zur Hochschulreife entstehen, einmal über das herkömmliche Gymnasium mit einer zwei- oder dreijährigen Oberstufe und zum anderen über dreijährige Oberstufen, die auch berufsbildende Anteile enthalten können. (...) Die Schulkommission hält die an den Reformschritten der Länder kritisierte begrenzte Reichweite für nachrangig gegenüber der Dynamik, die vor allem mit Blick auf die Risikogruppe mit der Ermöglichung solcher Zwischenschritte ausgelöst wird. Schulstrukturveränderungen dieser Art sind entwicklungs offen angelegt.(...)“**